

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 64 (1977)
Heft: 18: Das darstellende Spiel in der Schule II : Puppentheater und filmisches Gestalten

Rubrik: Aus Kantonen und Sektionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

denz zur Beschränkung der Gemeindeautonomie und einen sich verstärkenden Zentralismus aufweisen». Es würden dabei Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten im Schulwesen von der Gemeindeebene auf eine zentralistische kantonale Ebene übertragen, ohne dass sich eine solche Verlagerung aus irgendwelchen Sachgründen heraus aufgezwungen habe. Dem Komitee gehören junge, unabhängige Leute an, die weder Mitglieder einer traditionellen politischen Partei noch der «Vereinigung kritisches Uri» sind.

ZG: Für gleiche Ausbildung

Ein Postulat der kantonsrätlichen FDP-Fraktion ersucht den Regierungsrat, in der bevorstehenden Schulgesetzrevision den folgenden Grundsatz zu verankern: Knaben und Mädchen werden die gleichen Ausbildungsmöglichkeiten in der Volks- und Kantonsschule geboten, das heisst die Pflichtfächer und das Angebot der Wahlpflichtfächer sind für beide gleich. Die Freifächer stehen beiden Geschlechtern offen.

Die FDP begründet ihr Postulat damit, dass die Berufstätigkeit von Mädchen und Frauen sich immer weniger an der «klassischen Rollenverteilung von Mann und Frau» orientiere. Es sei deshalb ein gesellschaftspolitisches Anliegen, für Knaben und Mädchen gleiche Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen. Um eine stundenmässige Mehrbelastung der Mädchen zu vermeiden, sei das Hauswirtschaftsobligatorium aufzuheben. Die Hauswirtschafts- und Handarbeitsstunden seien als Wahlpflichtfächer in den Stundenplan zu integrieren. Die FDP schlägt ausserdem vor, vermehrt

Hauswirtschaftskurse für Erwachsene anzubieten, da diese Kurse auf sehr grosses Interesse stiessen und auf die selbständige Führung eines Haushaltes hinzielten. In der Beantwortung der Motionen von Margrith Spillmann vom 16. Mai und von Ernst Jans vom 18. Januar dieses Jahres habe der Regierungsrat einige Reformen angeregt, die im Rahmen des weitergehenden FDP-Postulats nur bei einer Änderung des Schulgesetzes, das heisst der Aufhebung des Hauswirtschaftsobligatoriums, realisiert werden könnten.

SO: Über Politik des Ehemannes gestolpert

Aus rein politischen Gründen – Mitgliedschaft des Ehemannes bei den Progressiven Organisationen (POCH) – hat der Regierungsrat der 30jährigen Lehrerin Brigitte Harder die Wahl zur nebenamtlichen Schulinspektorin verwehrt. Erziehungsdirektor Alfred Wyser gegenüber DDP: «Es geht nicht an, in dieser Region eine Inspektorin zu wählen, deren Auffassungen den Ansichten der Mehrheit der Bevölkerung diametral zuwiderlaufen.»

Ob Frau Harder selber Mitglied einer Partei sei, spiele keine Rolle. Bekannt sei, dass ihr Mann den POCH angehöre. «Als äusserst intelligente Frau hat sie sicher keinen geheiratet, dessen politische Überzeugung sie nicht teilt», folgerte Wyser. Es kümmere ihn auch nicht, dass es im solothurnischen Beamtengesetz heisst, bei der Besetzung von Staatsstellen dürfe die politische Parteizugehörigkeit kein Hindernis bilden. «Frau Harder kann ja klagen, wenn sie will», erklärte er.

Aus Kantonen und Sektionen

Luzern:

Projekt neuer Mathematikunterricht

Anlässlich einer Informationstagung der Kommission «Mathematik in der Volksschule» wurden die Vertreter der Lehrerschaft aus den einzelnen Schulstufen, die Mathematik- und Didaktiklehrer an den Seminarien sowie die Vertreter der Tagespresse über den Stand und die Fortführung des Mathematikprojektes im Kanton Luzern orientiert. Der vor kurzem erschienene 130seitige Bericht über die Reformbestrebungen im Mathematikunterricht diente als Grundlage zu dieser von allen Anwesenden als überaus positiv aufgenommenen Tagung. Dieser 2. Bericht ist zugleich auch eine umfassende Dokumentation über die Substanz des Neuen Mathematikunterrichts und soll mithelfen, eine Gesprächsbasis zu bilden für alle an der Schulreform Beteiligten.

Die Reformbestrebungen im Mathematikunterricht gehen im Kanton Luzern in die sechziger Jahre zurück und laufen parallel mit ähnlichen Begehren in anderen Fächern. Vereinzelt versuchten Lehrer in jenen Jahren ihre Klassen anhand neuer Lehrmittel in Moderner Mathematik zu unterrichten. Im Jahre 1970 beschloss der Erziehungsrat, die moderne Mathematik in den luzernischen Volksschulen grundsätzlich einzuführen. Mit Beginn des Schuljahres 1970/71 lief mit zehn 1. Klassen die erste Versuchsreihe an, der im darauffolgenden Schuljahr eine zweite, ebenfalls mit 10 Klassen folgte. Zu gleicher Zeit nahm die Lehrerfortbildung die Einführung in die theoretischen Grundlagen der modernen Mathematik in ihr Programm für die Unterstufenlehrer auf. Diese Lehrerfortbildungskurse wurden mit dem Einbezug der didaktischen und methodischen Aspekte der Modernen Mathematik fortgesetzt.

1973 wurde das Projekt Mathematik in die erweiterte Versuchsphase übergeführt. Ziele dieser Phase waren die Erprobung des Übergangslehr-

mittels von Resag-Bärmann in der Schweizer Adaptation des SABE-Verlages und die Heranbildung eines mittleren Kadets.

Mit der Ernennung der Kommission «Mathematik in der Volksschule», des Beauftragten und des Betreuers erhielt das Projekt jenen Führungsstab, der es nun ermöglichte, die Bemühungen der Planung und Realisation im Bereich des Neuen Mathematikunterrichts durch alle Stufen der Volksschule hindurch zielgerichtet und koordiniert fortzusetzen. Im Schuljahr 1974/75 waren bereits 67 Klassen im Projekt «Mathematik» integriert. Auf Grund der positiven Erfahrungen schlug die Kommission «Mathematik in der Volksschule» dem Erziehungsrat vor, den erweiterten Versuch abzuschliessen und sukzessive zum Obligatorium überzugehen. Der Erziehungsrat folgte am 10. Juli 1975 diesem Antrag und beschloss unter anderem:

- Der Neue Mathematikunterricht ist sukzessive gemäss der im Bericht 1975 aufgezeigten mittelfristigen Planung einzuführen.
- Das Lehrwerk «Mathematik in der Primarschule» für das 1. bis 4. Schuljahr ist als alternatives obligatorisches Lehrmittel ins Lehrmittelverzeichnis aufzunehmen.
- In den Seminarien ist das Fach Didaktik des Neuen Mathematikunterrichtes nach einem verbindlichen Stoffplan mit zwei Jahresstunden zu erteilen.
- Die Zusammenarbeit im Bereich der Mathematik ist regional und gesamtschweizerisch wie bis anhin fortzusetzen.

Die Zahl der Klassen, in denen Neuer Mathematikunterricht erteilt wird, stieg im Schuljahr 1975/76 auf 90. Im folgenden Schuljahr arbeiteten bereits 146 Primarabteilungen mit dem neuen Mathematiklehrwerk; dazu gehörten 30 Prozent aller 1. Primarklassen. Auf den kommenden Herbst hin werden wiederum gegen 70 Lehrkräfte neu im Rahmen der Lehrerfortbildung während 2 Jahren praxisbegleitend für den Neuen Mathematikunterricht ausgebildet.

Nachdem im Schuljahr 1977/78 die 5. Klassen und 1978/79 die 6. Klassen erstmals mit den neuen Lehrmitteln arbeiten können, liegen am Ende dieses Jahrzehnts nicht nur die Lehrmittel für sämtliche Klassen der Primarschule, sondern auch reiche Erfahrungen mit diesen vor.

Es ist deshalb beabsichtigt, 1979/80 die Lehrer der 1. und 2. Primarklasse auf das Obligatorium vorzubereiten und 1980/81 mit dem Neuen Mathematikunterricht obligatorisch in allen 1. Primarklassen zu beginnen. Wenn dieser Richtplan realisiert werden kann, dann wäre am Ende des Schuljahres 1985/86 auf der Primarschule der Neue Mathematikunterricht eingeführt.

Mit der Schaffung und der obligatorischen Einführung der beiden Mathematiklehrmittel R. Ineichen: Mathematik und Algebra 1–3 und M.

Hensler: Geometrie 1–3 haben die Klassen der Sekundarschule und des Untergymnasiums gleichzeitig ebenfalls Mathematiklehrwerke erhalten, die es den Lehrkräften ermöglichen, auch auf dieser Stufe die Leitideen des Neuen Mathematikunterrichts zu verwirklichen.

Die Reform des Mathematikunterrichts im Kanton Luzern stellt eine konsequente Weiterentwicklung traditioneller Überlegungen und Erfahrungen dar. Sie ist sowohl früheren Bemühungen und Erkenntnissen verhaftet, als auch durch Impulse der neueren Ergebnisse lernpsychologischer und entwicklungspsychologischer Untersuchungen geprägt. Standen in der Anfangsphase der Reformbemühungen vielfach Fragen nach der Revision der Inhalte stark im Vordergrund, so hat sich inzwischen das Schwergewicht der Neuorientierung mehr auf psychologische und vor allem pädagogische Aspekte verlagert. Der Neue Mathematikunterricht ist in seinen Sichtweisen und Inhalten zu einem einsichtsvolleren Lernen, zu einer zielstrebigeren Denkschulung gerückt und leistet damit einen gewichtigen Beitrag zur Intelligenzförderung.

Die Reform des Mathematikunterrichts in der Volksschule steht oder fällt, wenn der Anspruch des Mathematikunterrichts auf eine wirksame Förderung der Denkfähigkeiten des Schülers gerechtfertigt sein soll, mit der psychologisch-didaktischen Ausbildung der Ausführenden. Aus dieser Erkenntnis heraus war und wird das Bemühen der Verantwortlichen für die Mathematikreform um eine fundierte Lehrerausbildung und -fortbildung stets ein zentrales Anliegen bleiben.

In enger Zusammenarbeit mit einer aufgeschlossenen Luzerner Lehrerschaft konnte bis heute ein erfreulicher Schritt getan werden, damit die Schüler durch den Mathematikunterricht echte Bildungs- und Lebenshilfe erhalten, die sie in den Stand setzen, den Lebens- und Prägeformen unseres technischen Zeitalters gewachsen zu sein, und um den auf diesem Gebiet zum Verständnis der Umwelt ständig sich steigenden Anforderungen genügen zu können. jo.

Schwyz: Noch kein neuntes obligatorisches Schuljahr

Der Schwyzer Kantonsrat sprach sich mit 74 gegen 15 Stimmen gegen eine Überweisung der von den Sozialdemokraten eingereichten Motion aus. Inhalt der am 5. Februar 1976 eingereichten Motion war die Einführung eines neunten obligatorischen Schuljahres im Kanton Schwyz.

Holdener (SP Siebnen) begründete eingehend den Vorstoss seiner Fraktion. Gerade auch aus der Sicht des Arbeitsmarktes sei das Anliegen heute vordringlich. Es gehe ja nicht darum, etwas Neues zu beschliessen, sondern lediglich um die Frage, ob man die – aufgrund des Konkordates

ohnehin bestehende – Verpflichtung zur Einführung eines 9. obligatorischen Schuljahres bereits auf den Schuljahresbeginn 1979/80 vollziehen wolle. Schwyz könnte so auch zum Schrittmacher für andere Innerschweizer Kantone werden.

Erziehungschef Ulrich vertrat die Stellungnahme der Regierung und des (allerdings nicht einstimmigen) Erziehungsrates. Grundsätzlich sei er mit den Ausführungen Holdeners (SP Siebnen) einverstanden, auch er anerkenne die Vorteile eines 9. Schuljahres. Umstritten sei jedoch das Obligatorium und der Termin. Auch die Tatsache, dass immer mehr Schüler von der Möglichkeit eines freiwilligen Besuchs des 9. Schuljahres Gebrauch machten, anerkannte Ulrich und gab auch gleich die entsprechenden Zahlen bekannt: Im Schuljahr 1975/76 besuchten 42 Prozent der Realschüler und 69 Prozent der Sekundarschüler ein 9. Schuljahr; die Zahlen für dieses Jahr seien noch nicht genau bekannt, doch dürften sie sich auf gegen 80 Prozent im Schnitt belaufen. Aus verschiedenen Gründen begrüsse die Regierung aber ein rasches Obligatorium auf den vorgeschlagenen Zeitpunkt hin nicht. Zu gegebener Zeit werde man dem Kantonsrat – in dessen Kompetenz ein allfälliger Entscheid fällt – einen entsprechenden Antrag stellen. Man sei gegen die Motion, wäre aber bereit, sie in Form eines Postulates entgegenzunehmen.

Holdener (SP Siebnen) erklärte sich enttäuscht über die regierungsrätliche Antwort. Seine Fraktion sei gegen eine Umwandlung in ein Postulat und überlasse den Entscheid dem Rat. Künin (CVP, Freienbach) erklärte, dass seine Fraktion mit dem Grundanliegen der Sozialdemokraten einverstanden sei. Einige Gründe (gestiegene Anforderungen und Leistungsdruck, Berufsschulabschluss) sprächen tatsächlich für eine einheitliche obligatorische Schulzeit von neun Jahren. Der Zeitpunkt jedoch ist nach Ansicht der CVP noch nicht gekommen, da erst vor vier Jahren das obligatorische achte Schuljahr eingeführt wurde, weshalb man für Ablehnung der Motion eintrete. Bisig (lib., Einsiedeln) sprach sich namens seiner Fraktion ebenfalls gegen Überweisung der Motion aus. Marty (CVP, Goldau) bezweifelte insbesondere die arbeitsmarktpolitische Wirksamkeit der geforderten Ausdehnung der Schulpflicht, sprach sich aber nachdrücklich für freiwillige und individuelle Weiterbildungsmöglichkeiten (Berufswahljahr) aus.

Schliesslich sprach sich der Rat mit 74 gegen die 15 sozialdemokratischen Stimmen gegen die Überweisung der Motion aus.

(«Vaterland», 2. 9. 77)

Basel-Land:

Französischunterricht an unseren Primarschulen?

Die geplante Einführung des Französischunterrichts als neues Schulfach auf der Primarschulstufe bedeutet eine *Veränderung des Schulbe-*

triebs von einer Tragweite, die nicht unterschätzt werden darf.

Der heutige Schulbetrieb leidet immer noch an der Vorstellung, eine möglichst grosse Menge an Wissen zu vermitteln, sei an sich schon ein erstrebenswertes Lehrziel.

Aber am Beispiel, dass heute jeder Maturand mehr als Galilei oder Newton an *Wissen* besitzt, wird klar, wie wenig ein quantitatives Wissen etwas über den Grad der *Erkenntniserweiterung* aussagen kann und dass diesem für sich genommen kein tieferer menschlicher Wert zukommt.

Nicht die Quantität des Wissens, sondern dessen Qualität und somit der Zuwachs an Erkenntnis ist entscheidend für einen Lern- und Lehrprozess, der ganzheitliche Menschenbildung im Sinne Pestalozzis zum Ziele hat.

Erkenntnis kann aber nur gewonnen werden durch eigenes Erfahren, durch eigenes Erfühlen und Erforschen. Wenn das Kind etwas *selber* machen, mit Kopf, Herz und Hand *selber* erleben kann, so geschieht erst eigentliches Lernen.

Neben der unumgänglichen Vermittlung elementaren Wissens soll Unterricht zielstrebig und vermehrt selbständiges Lernen anregen.

Das Selber-Tun des Kindes und somit das eigentliche Lernen braucht aber *Zeit*. Den natürlichen Drang des Kindes zum Selbermachen in seinen Unterricht sinnvoll einzubeziehen, erfordert vom Lehrer mehr Überlegung, didaktischen Einsatz und Kraft als vorgefabrizierte und vorprogrammierte Stoffe zu servieren und einzuflössen. Jeder Lehrer erlebt tagtäglich die Spannung, die aus der Pflicht erwächst, seinen Schülern aus der wachsenden Fülle des Wissensstoffes das für den Lebensweg Dienliche mitzugeben, und der pädagogischen Aufgabe, der Entfaltung der kindlichen Persönlichkeit durch die Ermöglichung selbständigen Schaffens und unmittelbarer eigener Erfahrungen wirkungsvolle Impulse zu geben. Verantwortungsbewusste Lehrer ringen im Laufe des Schuljahres besorgt um die Zeit, all das zu tun, was erzieherischer Einsicht gemäss für einen fruchtbaren und lebensnahen Unterricht in Sprache und Rechnen, in Pflanzenkunde und Tierkunde, in Geographie und Geschichte, in Zeichnen, Werken und Gestalten, in Klang- und Bewegungsschulung usw. zu tun wäre; und immer wieder kommen sie zur schmerzlichen Einsicht, dass zu vielem Wertvollem und Wünschbarem die Zeit einfach nicht reicht.

Das neue Muttersprache-Lehrmittel von Glinz bietet eine Fülle von Anregungen und Aufforderungen zu kreativem Arbeiten. Beispielhaft ist hier Wegweisung gegeben für sprachfördernden Unterricht im weitesten Sinn: Die Schulung der Kommunikationsfähigkeit und der sprachlichen Bewältigung konkreter Lebenssituationen, die Ermunterung zum persönlichen Ausdruck in der Stellungnahme und zum freien Sichäussern im Spre-

chen und Schreiben – dies sind Grundwerte in einer menschengemässen Bildung und damit auch Aufgaben, die den Lehrer und Schüler im Unterricht voll beanspruchen. Für die Bewältigung so wesentlicher Aufgaben – allein schon in der Muttersprache – bleibt dem Lehrer keine Unterrichtsstunde zuviel.

Die Zielsetzung des zur Einführung empfohlenen Französischunterrichts auf der Primarschulstufe tendiert leider in eine ganz andere Richtung: In möglichst kurzer Zeit soll ein Maximalprogramm durchgesetzt werden, das vor allem Wissens- und Übungsstoff bietet, also genau das, womit Schüler und Lehrer ohnehin schon überlastet sind! Schlimmer noch, dieses Programm kann sich nur auf Kosten der ohnehin zu knappen Zeit, die dem Lehrer für die Verwirklichung eines ganzheitlichen und kindgemässen Unterrichts zur Verfügung steht, vollziehen: Zumindest je eine Sprach- und eine Rechenstunde müssten dem neuen Fach geopfert werden.

Der Französischunterricht, wie er geplant ist – drei Wochenstunden oder vorzugsweise sechs halbstündige Lektionen über die Woche verteilt – bringt eine untragbare Zersplitterung des Schulbetriebs und leistet einer unpädagogischen Geschäftigkeit des Lehrers Vorschub. Anstelle eines auf die Schüler abgestimmten methodischen Vorgehens und engagierten verantwortlichen Wirkens der Lehrerpersönlichkeit wird ein fixiertes Programm gesetzt, und der Pädagoge soll zum Handlanger des Tonbands und der Figurinen werden.

Die audiovisuelle Methode des Sprachunterrichts ist nicht aufgrund pädagogischer Überlegungen entstanden, sondern mit dem Ziel, Erwachsenen rasch die elementaren Kenntnisse einer fremden Sprache zu vermitteln. Anstoss zu ihrer Entwicklung waren u. a. die grossen Verständigungsschwierigkeiten amerikanischer Soldaten in fremdsprachigen Gebieten im Zweiten Weltkrieg. Es ist ein Fehlgriff, diese für Erwachsene in bestimmten Verhältnissen zweckmässige Methode unkritisch bei Kindern anzuwenden, da das Kind in mancherlei Hinsicht (z. B. emotional) unter andern Voraussetzungen lernt.

Dass die Begegnung mit unserer zweiten Landessprache für jedes Kind und nicht bloss für künftige Mittelschüler wertvoll ist, bleibt unbestritten. Lernpsychologische Forschungen zeigen aber, dass auf der Mittelstufe der Primarschule die gesteigerte Aufnahmefähigkeit des Kindes für Sprache bereits im Rückgang ist. Man müsste mit dem Fremdsprachenunterricht, wollte man diese natürliche Empfänglichkeit des Kindes für Sprache wirklich nicht weiterhin brachliegen lassen, also bereits auf der Unterstufe der Primarschule einsetzen. Dies dürfte allerdings nicht mit der unkindgemässen audiovisuellen Tonbandmethode geschehen.

Es müsste z. B. für die 1. bis 5. Klasse ein Lehrmittel geschaffen werden, das eine Fülle von Anregungen bietet, wie Lehrer ihren Schülern die französische Sprache in Versen und Gedichten, in Liedern, in gestalteten Rollenspielen, in selbsterarbeiteten kleinen Szenen näher bringen und so Freude am Sprachklang erwecken, das Ohr schulen, Kommunikationsbarrieren spielerisch abbauen, Verständigung als sinnvoll und beglückend erfahren lassen können. Allerdings ist dafür eine entsprechende fremdsprachliche, aber auch methodische Ausbildung der Lehrer erforderlich. Dass der Lehrer die Sprache, die er unterrichtet, beherrschen muss und, mehr noch, Freude daran haben sollte, ist selbstverständlich. Möglicherweise spricht er nicht so perfekt wie der Tonbandsprecher, aber er vermag seine Freude an Laut und Sprache weiterzugeben, was dem Tonband nie gelingt, und er wird mit methodischer Phantasie das fremde Idiom vermitteln auf Grund einer persönlichen Verbundenheit mit der französischen Kultur, die er nicht nur aus Büchern kennen darf.

Meinungsbildung ist ein Prozess, der Zeit braucht: Wir Primarlehrer von Therwil waren vor vier Jahren noch mehrheitlich für die geplante Einführung des Französischunterrichts. Aber in gleichem Masse, wie wir uns mit diesem Projekt auseinandersetzten, wuchsen unsere Bedenken der angestrebten Methode gegenüber.

Nachdem wir unsere schwerwiegenden Bedenken an den von den verantwortlichen Leuten organisierten Informationsveranstaltungen verschiedentlich geäussert hatten, musste es uns um so mehr befremden, als wir in den Basellandschaftlichen Schulnachrichten vom Februar dieses Jahres lasen, dass – als nächste Etappe des Projekts – bei uns in Therwil 1978 der Französischunterricht eingeführt werden soll.

Nun, da wir uns bewusst geworden sind, welche tiefgreifende Konsequenzen das geplante Vorhaben mit sich bringt, können wir es keineswegs mehr befürworten.

In Sorge und Verantwortung um einen kindgerechten, stufengemässen Unterricht dringen wir darauf, dass der weiteren Ausdehnung des gegenwärtigen Französischunterrichts Einhalt geboten wird und dass der fremdsprachliche Anfangsunterricht von Grund auf neu durchdacht wird. Wenn angesichts der keineswegs ausgeschöpften Möglichkeiten der bisherigen Schulfächer Französisch als weiteres Fach eingeführt werden soll, darf dies nicht auf eine Art geschehen, die methodischer Erfahrung und pädagogischer Verantwortung des Lehrers zuwiderläuft.

Für die Lehrer der
Mittelstufenkonferenz Therwil:
F. Schmucki